

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Städtebauförderung erhalten, sozialen Zusammenhalt in den Stadtteilen stärken

Die Programme der besonderen Städtebauförderung, insbesondere das Programm „Soziale Stadt“, verfolgen das Ziel, Stadtteile mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligter Bevölkerung dabei zu unterstützen, die Lebens- und Arbeitsbedingungen vor Ort zu verbessern. Durch soziale und städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen werden der gesellschaftliche Zusammenhalt in den Stadtteilen gestärkt sowie soziale und politische Teilhabe initiiert und gefördert. Die Städtebauförderung sichert und erhält Arbeitsplätze und löst umfassende Investitionsanreize im Quartier aus.

Dennoch beabsichtigt die Bundesregierung, die Städtebauförderung nach der schmerzlichen Kürzung im Jahr 2011 von 610 Mio. € auf 455 Mio. € in 2012 nunmehr auf 410 Mio. € weiter zu reduzieren. Das Programm „Soziale Stadt“ soll dabei von 90 Mio. € in 2010 auf 40 Mio. € in 2012 reduziert werden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Mittel standen dem Land Bremen in den Jahren 2006-2011 insgesamt für die Bund-Länder-Programme der Städtebauförderung zur Verfügung? Wie viele eigene Haushaltsmittel hat der Senat in den vergangenen fünf Jahren für Städtebauförderung und speziell für das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) ausgegeben?
2. In welchen Handlungsfeldern wurden im o.g. Zeitraum Maßnahmen und Projekte gefördert?
3. Welche Maßnahmen und Projekte wurden im Rahmen des Programms Soziale Stadt in welchem finanziellen Umfang in den Jahren 2010 und 2011 gefördert (bitte getrennt nach Programmgebieten bzw. Ortsteilen, ggf. Quartieren auflühren)?
4. Welche Rolle spielt das Programm „Soziale Stadt“ für soziale und kulturelle Teilhabe, Bürgerengagement sowie politische Beteiligung an der Stadt- und Quartiersentwicklung und -planung?
5. Welche Konsequenzen ergeben sich aus einer möglichen Kürzung der Bundesmittel für die Projekte und Maßnahmen in den betroffenen Stadtteilen bzw. Quartieren sowohl finanziell als auch inhaltlich?
6. Welche weiteren Folgen (konjunkturelle, soziale etc.) ergeben sich aus Sicht des Senats aus einer Kürzung der Bundesmittel für das Land und die Städte Bremen und Bremerhaven? Wie bewertet der Senat diese Folgen?

7. In welchem Umfang sind der Senat der Freien Hansestadt Bremen und die Regierungen anderer Bundesländer tätig geworden bzw. wird der Senat tätig werden, um die geplanten Mittelkürzungen abzuwenden?

Susanne Wendland, Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD